



Zaghafte Zukunftsvisionen

Die Wirtschaftskrise könnte den Keynesianern ein ungeahntes Comeback ermöglichen – doch sie nutzen ihre Chance kaum

HANS C. MÜLLER | KARLSRUHE

Es ist keine Absicht, doch es wirkt, als wollten sie sich verstecken. In den hintersten Winkel des Brauhauskellers haben sie sich zurückgezogen, die 80 Keynesianer, die zur Konferenz der deutschen Keynes-Gesellschaft nach Karlsruhe gekommen sind.

Während von der Hochzeit in der Etage darüber der Schlager „Komm lass uns fröhlich sein“ durch die Decke wummert, sitzen sie im Halbdunkel vor ihren Bieren und warten auf ihr Abendessen. Zehn Vorträge über Keynes und wie er die Welt sah, haben sie sich an diesem ersten Tag der Konferenz „Keynes 2.0“ angehört, jetzt wirken sie etwas ermattet. Die Fröhlichkeit im oberen Stockwerk kann sie nicht richtig anstecken.

Dabei hätten sie gute Gründe zum Feiern: Die Wirtschaftskrise ist für die gegnerische Seite – von den Keynesianern schlicht „Mainstream“ genannt – ziemlich peinlich. Stets hatten deren Vertreter gepredigt, dass Staatsverschuldung verboten gehört, jedes Angebot automatisch die passende Nachfrage findet und der Staat die Kapitalmärkte in Ruhe lassen soll.

Seit den 70er-Jahren war das die Mehrheitsmeinung in der Volkswirtschaftslehre, doch dieses Dogma ist inzwischen stark angekratzt – konnte die Krise doch nur durch massive Staatseingriffe und schuldenfinanzierte Konjunkturpakete in Rekordhöhe abgedeckt werden.

Als John Maynard Keynes 1936 die Ökonomie mit seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ komplett auf den Kopf stellte, war es genauso: Auch damals hatte eine Weltwirtschaftskrise die vorherrschende Theorie in große Erklärungsnot gebracht.

Die neue Krise hat einen regelrechten Keynes-Hype ausgelöst – gleich drei neue biografische Bücher

sind kürzlich erschienen, dazu fast alle Keynes-Schriften in Neuauflage sowie ein Sammelband mit seinen Radioansprachen, die er bei der englischen BBC gehalten hat. Dass aber eine dauerhafte Renaissance keynesianischer Politik und Forschung möglich ist, daran scheinen die deutschen Keynesianer, die sich für ein Wochenende in Karlsruhe versammelt haben, nicht so recht zu glauben. „Der Mainstream hat einfach zu starke Netzwerke“, sagt einer der Teilnehmer resigniert.

„Wir haben leider keinen Paul Krugman wie die Amerikaner.“

Hagen Krämer, Keynes-Gesellschaft

Warum veröffentlichten sie keine mutige Imagekampagne? Warum keinen Aufruf für eine Kehrtwende in der Forschung und mehr Pluralismus an den Unis? Die Keynes-Gesellschaft habe ja im Frühjahr mal eine Pressemitteilung herausgegeben mit Empfehlungen für den Weg aus der Krise, verteidigt sich Hagen Krämer, Professor an der Hochschule Karlsruhe und Gastgeber der Konferenz – doch die habe dann keine Zeitung gedruckt. Seither habe man es nicht wieder versucht.

Den deutschen Keynesianern würden eben auch ein bisschen die charismatischen Köpfe fehlen, sagt Krämer fast entschuldigend – „wir haben leider keinen Paul Krugman mit einem Nobelpreis im Rücken wie die Amerikaner.“

Einer mit mehr Kampfgeist ist Ernst Niemeier. Früher hat er bei IBM gearbeitet und war dort Betriebsratschef, nach seiner Pensionierung wurde er Dozent für Makroökonomie an der Fachhochschule Bremen. Noch immer verfinstert sich seine Miene, wenn er an das Jahr

2005 denkt: Kurz vor der damaligen Bundestagswahl hatten 250 deutsche VWL-Professoren den „Hamburger Appell“ verfasst, in dem sie lautstark massive Lohnsenkungen, die Abkehr von jeglicher keynesianischer Nachfragepolitik und das Ende des staatlichen Schuldenmachens forderten.

So ein Aufruf war schwer zu ertragen für einen Keynesianer wie Niemeier, also versuchte er einen Gegenangriff anzuführen. Doch von den linken Professoren, die er dazu bewegen wollte, einen eigenen Aufruf zu formulieren, holte er sich nur Absagen. „Bringt doch nichts“, war die Standardantwort. Doch Niemeier will nicht aufgeben, deshalb ist er nach Karlsruhe gekommen.

Die meisten Teilnehmer der Konferenz sind Professoren an Fachhochschulen oder an kleineren Unis wie etwa Hohenheim, Oldenburg oder Chemnitz – dort, wo es noch Nischen gibt für Keynesianer. Anders als in den USA oder Großbritannien, wo die großen Unis die Meinungsvielfalt fördern und Vertreter verschiedener Denkschulen als Professoren rufen, gibt es an den großen Fakultäten im deutschsprachigen Raum fast keine Keynesianer mehr.

Hier in Karlsruhe können die ewigen Außenseiter einmal in der Mehrheit sein. Drei Tage lang debattieren sie über keynesianische Antworten auf die Krise und die neuesten Schandtaten der deutschen Wirtschaftspolitik.

Vor allem die im Frühsommer beschlossene Schuldenbremse zieht ihren Zorn auf sich – gleich fünf Referate gibt es dazu. Ab 2016 darf der Staat nur noch in Abschwungphasen nennenswerte Schulden machen – wie viel, hängt vom Wachstum der vorigen Jahre ab. Je länger eine Krise sei, desto weniger Schulden seien dadurch erlaubt, kritisiert Achim

Truger vom gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Ein schwermütiger Konstruktionsfehler, findet Truger – schließlich brauche man bei besonders langen Rezessionen ja mehr und nicht weniger Geld, um die Konjunktur anzuschubsen. Auch die Pläne der schwarz-gelben Koalitionäre in Berlin kommen in Karlsruhe schlecht an. Steuerentlastungen für die Mittelschicht und einen nie da gewesenen Sparkurs bei den Ausgaben – all das hat mit Keynesianismus wenig zu tun. Neben der Wirtschaftspolitik stehen in Karlsruhe auch neue Theorien für die Makroökonomie auf der Agenda – schließlich müssten auch Keynes' Theorien modernisiert werden, wie Hagen Krämer in seiner Begrüßung fordert. Einige Studien sind auch durchaus visionär: Etwa ein keynesianisches Wirtschaftsmodell, das den Ressourcenverbrauch integriert – und damit Umwelt- und Makroökonomie verbindet. Oder eine statistische Studie, die zeigt, dass die Entwicklungsländer deutlich länger brauchen werden, um die Krise zu überwinden als der Rest der Welt.

Doch ein Großteil der Referenten scheint lieber bei „Keynes 1.0“ bleiben zu wollen. Statt neue Ideen zu entwickeln, betreiben sie Dogmengeschichte und vergleichen den Inhalt von Keynes' Wälzern mit denen seiner Zeitgenossen. Die „Allgemeine Theorie“ kennen viele fast auswendig, immer wieder streuen sie wörtliche Zitate in ihre Vorträge. Und hat Keynes mal zu einem Thema nichts geschrieben, wird er eben ausgelegt: „Würde er noch leben, hätte er wohl gesagt ...“

Neue Impulse erhoffen sich die Keynesianer eher von ihrem Nachwuchs. Tatsächlich sind unter den Konferenzteilnehmern eine ganze Menge Doktoranden und Habilitanden, die die keynesianische Makrotheorie weiterentwickeln wollen. Dazu gehört auch Bernhard Schütz, der seit einem halben Jahr an der Universität Linz promoviert.

International sind die Postkeynesianer eine Minderheit. Durchgesetzt haben sich eher die sogenannten nekeynesianischen Modelle (NKM), die von prominenten Köpfen wie dem amerikanischen Notenbankpräsidenten Ben Bernanke oder dem Harvard-Ökonomen Greg Mankiw weiterentwickelt wurden. Für ihre Forschung benutzen die Nekeynesianer die Modelle der Neoklassik – nehmen dabei aber an, dass es auf Märkten zu kurzfristigen Verwerfungen kommen kann, weil Preise und Löhne sich nur mit Verzögerung auf neue Begebenheiten einstellen.

Für die Mitglieder der Keynes-Gesellschaft trifft das aber nicht den Kern der „Allgemeinen Theorie“. Schließlich hat Keynes darin vor allem dauerhafte Ungleichgewichte auf den Arbeits- und Gütermärkten festgestellt und analysiert – und nicht bloß kurzfristige.

Doktorand Schütz forscht in dieser Tradition, auch wenn er sich oft als Außenseiter fühlt. Doch die Methoden des Mainstreams zu benutzen, um die Chancen auf eine eigene Professur zu erhöhen – das will er auf keinen Fall. „Ich kann eben nicht anders.“

Die Französische Revolution war das wohl wichtigste Konjunkturprogramm der Welt – weil wachstumsfeindliche Institutionen verschwanden.

Die entscheidende Grund dafür war laut Acemoglu und Co.: Die Revolution hat alte, wachstumsfeindliche Institutionen ins Wanken gebracht. Adel, Aristokratie und Klerus verloren ihre Privilegien, die Zünfte wurden abgeschafft und die Bauern befreit. Leibeigenschaft und andere Formen der Feudalherrschaft waren in den französisch besetzten Gebieten Geschichte, der Arbeitsmarkt öffnete sich. Zudem verhalf die Revolution dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz zum Durchbruch.

„Durch die Französische Revolution wurden Barrieren, die Industrialisierung und technischen Fortschritt behinderten, beseitigt“, argumentieren die Forscher. Dass die neuen Institutionen den von Frankreich besetzten Nachbarländern mit Zwang übergestülpt wurden, habe keine negative Rolle gespielt. Damit widersprechen die Ökonomen dem von vielen Institutionenforschern vertretenen Argument, optimale Institutionen müssen sich evolutionär entwickeln und könnten nicht vom grünen Tisch aus gesteuert werden. „Unsere Ergebnisse sind nicht nur für Historiker interessant“, betonen die Wissenschaftler. „Sie machen vielmehr deutlich, wie wichtig Institutionen und institutioneller Wandel für die wirtschaftliche Entwicklung sind.“ Diese Erkenntnis hat sich bis ins Nobelpreis-Komitee herumgesprochen – mit Elinor Ostrom und Oliver Williamson werden in diesem Jahr zwei Pioniere der Institutionenökonomik ausgezeichnet.

„The Consequences of Radical Reform: The French Revolution“, von Daron Acemoglu, Davide Cantoni, Simon Johnson und James Robinson, CEPR Discussion Paper Nr. 7245 (März 2009)

Kostenloser Download über www.handelsblatt.com/link

UNSERE THEMEN	
MO	ÖKONOMIE: VWL
DI	ESSAY
MI	ÖKONOMIE: BWL & FINANCE
DO	NATUR UND GEIST
FR	LITERATUR

Warum wir eine postautistische Wirtschaftswissenschaft brauchen

CHRISTOPH GRAN | HEIDELBERG

Das Ausmaß und die Heftigkeit der noch immer andauernden Finanzkrise übersteigt die Vorstellungskraft vieler Wirtschaftswissenschaftler, die noch bis vor kurzem die Selbstheilungskräfte des Marktes beschworen.

Es wird deutlich, dass sich im Lehrbetrieb der Wirtschaftswissenschaften einiges ändern muss, damit das Fach nicht im Tümpel der Bedeutungslosigkeit versinkt. Die Zeit ist mehr als reif, dass sich Ökonomen kritisch mit ihrem Fach auseinandersetzen. Mögliche Ansatzpunkte gibt es genug. So wiesen bereits 1992 führende Ökonomen – unter anderem auch Nobelpreisträger wie Paul Samuelson und Franco Modigliani – auf die Gefahr eines „intellektuellen Monopols“ in den Wirtschaftswissenschaften hin und forderten einen „pluralen Geist“ in den Wirtschaftswissenschaften, der unterschiedliche Ansätze würdigt und einen kritischen und toleranten Dialog untereinander mit sich bringt.“

Ihr Appell, der im „American Economic Review“ erschien, macht deutlich, was heute mehr denn je gilt: Die Ökonomie hat sich einer einseitigen Methodik verschrieben. Die Zunft hat, um es mit Paul Krug-

mans Worten zu sagen, „Schönheit, gekleidet im beeindruckenden Gewand der Mathematik, mit Wahrheit verwechselt“.

An diesem Punkt setzt auch die im Jahr 2000 in Frankreich initiierte, mittlerweile internationale Bewegung „postautistischer Ökonomen“ an. Den Startschuss gaben Studierende an der Sorbonne in Paris in einem offenen Brief mit dem Titel „Wir wollen der Traumwelt entkommen“. Sie kritisierten den unkontrollierten, oft dogmatischen Gebrauch von Mathematik und wünschten sich plurale, an realen Problemen orientierte Ansätze.

Die Kritik schlug hohe Wellen in Frankreich, es folgten internationale Unterstützungen; etliche Professoren unterstützten die Initiative. Andere Studierende, beispielsweise in Cambridge oder in Harvard, zogen nach, und mittlerweile ist die Bewegung global vernetzt, ihr Sprachrohr, die „Real-World Economic Review“, erreicht über 11 000 Empfänger. Seit 2003 gibt es auch in Deutschland einen Arbeitskreis Postautistische Ökonomie.

Aus unserer Sicht ist es angesichts der komplexen und allgegenwärtigen Probleme der modernen Gesellschaft (Umweltzerstörung, Finanzkrise, Ernährungsfrage u.v.m.) dringend an der Zeit, diesen Krisen mög-

lichst umfassend zu begegnen. Hier geht es nicht darum, entweder mathematisch oder ordoliberal zu agieren, wie Ökonomen im sogenannten „Methodenstreit“ diskutieren. Es geht darum, die Vielfalt existierender Theorien und Methoden bei der Analyse der Krisenursachen und bei der Suche nach Wegen aus ihr heraus zu berücksichtigen. Schauen wir uns beispielsweise den Umgang mit dem Thema der Klimazerstörung an: Es gibt einen Zweig im Mainstream, der sich ausführlich mit der Analyse von Umweltproblemen beschäftigt; die Umweltökonomik. Die Umweltökonomik kann durchaus ihren Teil zur Lösung beitragen, doch im Grunde behandelt sie nur Symptome, an die Wurzel der Probleme kommt sie nicht heran. Hier geht die Ökologische Ökonomie mit ihrer Anerkennung natürlicher Wachstumsgrenzen, der Übernahme von Erkenntnissen aus der Thermodynamik sowie durch ihren transdisziplinären Analyse-rahmen viel weiter.

Ein zweites Beispiel ist die aktuelle Finanzkrise. In der Welt der Neoklassik kann es gar nicht zu einer Blase, geschweige denn zu solch einer massiven Finanzkrise kommen. Das leidenschaftliche Vertrauen auf die Kräfte des Marktes kann hier nicht weiterhelfen, weshalb der Analyseapparat bei weitem nicht ausreicht, um die Krise zu bewältigen. Deshalb soll den Studierenden erstens nicht nur die neoklassische Lehre, sondern auch ein Überblick von Ökologischer bis Feministischer Ökonomie, von Postkeynesianismus bis hin zu marxistischen oder institutionell-evolutionären Ansätzen vermittelt werden. Die verschiedenen Theorien sind wie unterschiedliche Werkzeuge in einem Werkzeugkasten. Welcher Handwerker nimmt schon immer den Hammer, um etwas zu reparieren? Zweitens sollen sich Wirtschaftswissenschaftler der ethischen und normativen Grundlagen der eigenen Theorien bewusst werden. Hierzu ist es notwendig, eine Reflexion der Entwicklung, der Prämissen und des Kontextes des eigenen Fachs zu leisten. Deshalb fordern wir, dass Inhalte folgender Fächer verpflichtend in

die Lehrpläne der Wirtschaftswissenschaften aufgenommen werden: Geschichte des ökonomischen Denkens, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsethik und Wissenschaftstheorie. Leider besteht ein großer Teil der aktuellen Ausbildung junger Ökonomen lediglich darin, Inhalte aus Vorlesungen zu reproduzieren. Kritisches, eigenständiges Denken gerät hierbei in den Hintergrund. Deshalb muss drittens die Herausbildung eigenständiger Positionen durch Diskussionen gefördert werden. Vorlesungen und Seminare müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Um der Komplexität gerecht zu werden, ist es viertens notwendig, den Austausch zwischen den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen voranzubringen. Interdisziplinäre Veranstaltungen an den sozial- und naturwissenschaftlichen Schnittstellen (Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft, Philosophie, Ethnologie, Ökologie usw.) müssen daher weiter ausgebaut und in den Lehrplan aufgenommen werden.



„Eine Reflexion über das eigene Fach ist notwendig.“

Christoph Gran

Christoph Gran ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie e.V. und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruprecht-Karls Universität in Heidelberg.

WISSENSWERT

Was der Sturm auf die Bastille wirtschaftlich gebracht hat

OLAF STORBECK | DÜSSELDORF

Welche wirtschaftlichen Folgen hatte die französische Revolution? In einem alten Ökonomenwitz lautet die Antwort des Professors für Volkswirtschaftslehre (VWL) auf diese Frage: „Es ist noch zu früh, um das zu sagen.“

In der Realität hat sich die VWL bislang erstaunlich wenig mit den ökonomischen Effekten eines der wichtigsten Ereignisse der neuzeitlichen Geschichte Europas auseinandergesetzt. 220 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille versuchen vier amerikanische Ökonomen der Elite-Universitäten Harvard und MIT nun, diese Lücke zu schließen. Mit den Instrumenten der modernen Ökonometrie und historischen Daten haben sie die Folgen für Wachstum und Wohlstand so exakt wie möglich gemessen.

Und anders, als der Kalauer nahelegt, kommt das Forscherteam um den MIT-Professor Daron Acemoglu zu sehr greifbaren Ergebnissen: Trotz Terrorherrschaft und Chaos war die Französische Revolution mittel- bis langfristig ein enorm wichtiges Programm für mehr Wachstum und höheren Lebensstandard.

Ohne den Untergang der Feudalherrschaft wäre die Wirtschaftsgeschichte in den folgenden 100 Jahren wohl ganz anders verlaufen. Die Industrielle Revolution hätte ohne die Französische wohl nicht stattgefunden.

Acemoglu und seine Co-Autoren konzentrierten sich in ihrer Studie nicht nur auf Frankreich, sondern auf die anderen Regionen Europas, die im Zuge der Revolutionskriege ab 1794 die Folgen des Umsturzes in Frankreich zu spüren bekamen. Dieser Ansatz hat deshalb Charme, weil verschiedene Regionen dem revolutionären Einfluss zu verschiedenen Zeitpunkten und unterschiedlich intensiv ausgesetzt waren. So waren die Niederlande, Belgien und das Rheinland wenige Jahre nach der Revolution französisch besetzt – in anderen Regionen, wie zum Beispiel Bayern und Württemberg, dagegen war der direkte Einfluss der Revolution weit geringer.

Diese Unterschiede nutzen die Wissenschaftler aus – sie gehen der Frage nach, ob es in der späteren wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Länder systematische Unterschiede gibt. Weil es nur wenige verlässliche statistische Daten zum Bruttoinlandsprodukt im 19. Jahrhundert gibt, ziehen sie als Indikator für den wirtschaftlichen Wohlstand die Urbanisierungsquote heran – ein unter Wirtschaftshistorikern übliches Vorgehen. Dahinter steckt die Überlegung: Je mehr Menschen in Städten leben, desto produktiver muss die Landwirtschaft und desto besser muss die Transport-Infrastruktur sein, ansonsten wären Metropolen nicht überlebensfähig gewesen.

Um den Grad des revolutionären Einflusses zu messen, dem eine Re-

gion ausgesetzt war, konstruieren die Wissenschaftler einen einfachen Index, in den die Jahre, die ein Land unter französischer Herrschaft war, einfließen – und die Anzahl der von den neuen Herrschern umgesetzten institutionellen Reformen. Vor allem in verschiedenen deutschen Ländern gab es dabei enorme Unterschiede: Für das Rheinland ist der Reform-Index rund dreimal so hoch wie in Bayern.

In den ersten Jahrzehnten nach der Revolution war der Einfluss der Franzosen auf die wirtschaftliche Prosperität der Länder noch relativ gering. Ab 1850 aber ändert sich das Bild – danach wächst der Wohlstand in Ländern, die stärker von der Revolution betroffen waren, deutlich schneller: Im Jahr 1900 war die Urbanisierungsquote in Ländern, die zehn Jahre französisch kontrolliert waren, um neun Prozentpunkte höher, stellen die Forscher fest – angesichts der durchschnittlichen Urbanisierungsquote von rund 41 Prozent ein beachtlicher Effekt.

Der entscheidende Grund dafür war laut Acemoglu und Co.: Die Revolution hat alte, wachstumsfeindliche Institutionen ins Wanken gebracht. Adel, Aristokratie und Klerus verloren ihre Privilegien, die Zünfte wurden abgeschafft und die Bauern befreit. Leibeigenschaft und andere Formen der Feudalherrschaft waren in den französisch besetzten Gebieten Geschichte, der Arbeitsmarkt öffnete sich. Zudem verhalf die Revolution dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz zum Durchbruch.

„Durch die Französische Revolution wurden Barrieren, die Industrialisierung und technischen Fortschritt behinderten, beseitigt“, argumentieren die Forscher. Dass die neuen Institutionen den von Frankreich besetzten Nachbarländern mit Zwang übergestülpt wurden, habe keine negative Rolle gespielt. Damit widersprechen die Ökonomen dem von vielen Institutionenforschern vertretenen Argument, optimale Institutionen müssen sich evolutionär entwickeln und könnten nicht vom grünen Tisch aus gesteuert werden. „Unsere Ergebnisse sind nicht nur für Historiker interessant“, betonen die Wissenschaftler. „Sie machen vielmehr deutlich, wie wichtig Institutionen und institutioneller Wandel für die wirtschaftliche Entwicklung sind.“ Diese Erkenntnis hat sich bis ins Nobelpreis-Komitee herumgesprochen – mit Elinor Ostrom und Oliver Williamson werden in diesem Jahr zwei Pioniere der Institutionenökonomik ausgezeichnet.

„The Consequences of Radical Reform: The French Revolution“, von Daron Acemoglu, Davide Cantoni, Simon Johnson und James Robinson, CEPR Discussion Paper Nr. 7245 (März 2009)

Kostenloser Download über www.handelsblatt.com/link